

EcoAustria Policy Note: Bei der Finanzierung Grüner Projekte ist eine Kooperation zwischen privater und öffentlicher Hand gefragt

Wien, am 7. Dezember 2022: Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen für die österreichische und europäische Wirtschaft dar. Zwar ist Österreich bereits überdurchschnittlich energieeffizient, dennoch besteht die Notwendigkeit, die CO2-Emissionen durch Investitionen und insbesondere durch Innovation weiter zu reduzieren. Darüber hinaus ist es auch aus geopolitischer Sicht erwünscht, die Abhängigkeit von etwa russischen Gasimporten nicht durch andere Abhängigkeiten zu ersetzen. Der Ausbau eigener europäischer Technologien ist daher zentral für die Resilienz und Diversifizierung der Versorgung. In einer aktuellen Policy Note hat sich das Wirtschaftsforschungsinstitut <u>EcoAustria</u> mit der Frage beschäftigt, inwiefern Risikokapital hierzu einen Beitrag in Europa und Österreich leisten kann.

Unter der Voraussetzung eines klar definierten gesetzlichen Rahmens und der Möglichkeit einer offenen Technologieentwicklung, eignet sich Risikokapital optimal zur Förderung des Wettbewerbs rund um innovative Ideen. Im Allgemeinen ist dessen Verfügbarkeit in Europa allerdings begrenzt. Daten von Dealroom zeigen etwa, dass im Jahr 2021 so gut wie alle europäischen Länder weniger als 1 Prozent des BIPs in Form von Risikokapitalinvestitionen bereitgestellt haben. "Obwohl sich die Verfügbarkeit des Risikokapitals für Grüne Projekte in Europa mit der Zeit verbessert hat, sind die vorhandenen Summen bei weitem nicht ausreichend, um die Innovation signifikant voranzutreiben. Zudem stehen sie in keinem Zusammenhang mit dem Investitionsvolumen, das durch die Anforderungen des Green Deals notwendig wird", so Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria.

Zu erwähnen ist auch, dass in Österreich verglichen zu anderen europäischen Ländern nur ein sehr geringer Anteil des BIP, der in Risikokapital investiert wird, von den Pensionskassen stammt. Während etwa in den nordischen Ländern im Jahr 2021 ganze 38 Prozent der Investitionen auf die Pensionskassen zurückzuführen waren, beliefen sich diese auf nur 15 Prozent innerhalb der DACH-Region und einen weitaus geringeren Anteil in Hinblick auf Österreich selbst.

Hinzu kommt, dass sich viele der Projekte innerhalb der Cleantech Branche mit radikalen hardware-, material- und chemiebasierten Innovationen beschäftigen, welche das Potenzial bergen, die derzeit nicht nachhaltigen Produktions- und Verbrauchssysteme maßgeblich zu verändern. Nichtsdestotrotz stehen diese in der Regel mit langen Entwicklungszeiten, einem hohen Risiko und enormen Kapitalbedarf in Verbindung. Dadurch wird es letzten Endes schwierig, ausreichend Kapital zu beschaffen, um das "Tal des Todes" zwischen Grundlagenforschung und Kommerzialisierung zu überbrücken.

Laut EcoAustria benötigt es aufgrund dieser besonderen Herausforderungen der Cleantech-Branche eine Kooperation zwischen privater und öffentlicher Hand, wenn es um die Finanzierung Grüner Projekte geht. Das Wirtschaftsforschungsinstitut rät daher zu folgenden Maßnahmen:

- Sicherung der Nachfrage nach Grünen Technologien, um höhere Renditen und niedrigere Risiken für Kapitalgeber zu gewährleisten.
- 2. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Risikokapitalgeber etwa durch eine Reform der Mitarbeiterbeteiligung oder durch die Besteuerung von Carried Interest.
- 3. Entwicklung von Spin-Off Strategien, die sich an Best Practices innerhalb Europas orientieren.
- 4. Indirekte (hybride) öffentliche Risikokapitalfinanzierung durch Dachfondsmodelle.
- 5. Öffentliche Kofinanzierung der Risikokapitalinvestitionen unter Beibehaltung der privaten Risikoprofile und marktüblichen Konditionen, um so Verzerrungen am Markt zu verhindern.
- 6. Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge, um somit auch Pensionskassen zu veranlassen künftig höhere Summen in Risikokapital zu investieren.

Pressekontakt:

Thomas Reiter, Reiter PR 0676 66 88 611

thomas.reiter@reiterpr.com